

2. August 2013

„Kommunalverbund Windenergie“ einrichten

Ohne öffentliche Investitionen ist die Existenz der Windenergiebranche in Nord-deutschland gefährdet. Investoren haben sich von der Finanzierung der Windparks zurückgezogen oder drohen dies zu tun. Hauptursache dafür ist die ungewisse Zukunft des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die zuständigen Ressorts der CDU/FDP-Bundesregierung um Umweltminister Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler wollen die Einspeisevergütung für Ökostrom senken. Damit geht die Kalkulation der privaten Investoren nicht auf. Mehrere Tausend Arbeitsplätze in Norddeutschland und selbstredend auch in Bremerhaven sind gefährdet. Die norddeutschen Länder und Kommunen sind gefordert, die Finanzierung zumindest eines Windparks sicherzustellen, um einerseits das Vertrauen privater Investoren zu stärken und andererseits die Zeit bis zu einem neuen verlässlichen EEG zu überbrücken.

Den Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Nur mit einer fundamentalen Energiewende – weg von Atomkraft, Kohle, Öl und Gas, hin zu einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien – kann der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und der Klimawandel gestoppt werden. Die Nutzung der Windenergie bildet dabei einen der Grundpfeiler dieser Wende und des sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Offshore-Windenergie in den letzten Jahren zur wichtigsten Triebkraft des notwendigen ökonomischen und ökologischen Strukturwandels der Region entwickelt. Bremerhaven kommt hier die Rolle einer der führenden Standorte in Deutschland zu.

Durch das enge Zusammenwirken der in Bremerhaven und der Region angesiedelten Windenergie-Unternehmen und diverser Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen konnte ein breiter Produktionsverbund für den Komponenten- und Komplettbau von Windenergie-Anlagen etabliert werden. Neben den überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwächsen in der Hafenwirtschaft durch die Inbetriebnahme des Containerterminals IV hatte diese Entwicklung im Sektor der Windenergie positive Auswirkungen auf den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt. So ist die offizielle Erwerbslosenquote in Bremerhaven seit 2005 um fast 10 Prozent gefallen, allein in der noch jungen Offshore-Windbranche wurden mehr als 2.500 Arbeitsplätze geschaffen. Dass es sich bei rund 60 Prozent dieser neuen Jobs um Leiharbeitsplätze handelt, ist aus Sicht der LINKEN eine Fehlentwicklung, die korrigiert werden muss.

Insbesondere in den letzten Monaten der vergangenen zwei Jahre haben verschiedene Faktoren dazu geführt, dass die Entwicklung im Bereich Offshore-Windenergie stagniert, mit zum Teil erheblichen negativen Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. So kam der Netzbetreiber TenneT aufgrund der hohen Investitionskosten lange nicht mit der Verlegung der notwendigen Seekabel und dem Bau der Umspannplattformen nach. Maßgeblich gebremst wurde die Fortschreibung der geplanten Offshore-Windpark-Projekte zuletzt durch die zuständigen Ressorts der Bundesregierung um Umweltminister Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler. Mit der sog. ‚Strompreisbremse‘ und der Infragestellung wesentlicher Förderelemente im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kam es nicht nur bei potentiellen Investoren, sondern innerhalb der gesamten Branche zu ernststen Bedenken, ob die Energiewende wirklich von allen Seiten gewollt ist. Nicht zuletzt die im Kontext der Weservertiefung neu entflammte Diskussion um das geplante Offshore-Terminal in Bremerhaven hat bei den betroffenen Beschäftigten aus den Windkraftunternehmen zu Verunsicherung und berechtigten Sorgen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze geführt.

Vor diesem Hintergrund muss inzwischen bezweifelt werden, ob bis 2025 tatsächlich, wie prognostiziert, 15 Prozent des deutschen Strombedarfs von der Windenergie auf See gedeckt werden können. (Von den 33.000 Arbeitsplätzen, die bis dahin in der Offshore-Windindustrie entstehen sollen, ganz zu schweigen.) Tatsache ist: Allein in diesem Jahr verloren bei den

Bremerhavener Windenergieanlagen-Zulieferern WeserWind, REpower und PowerBlades rund 1.000 Beschäftigte, vor allem Leiharbeitskräfte, ihren Arbeitsplatz. Die fehlenden Nachfolgeaufträge machen deutlich, dass auch bei den Kernbelegschaften Einschnitte drohen und der rasante Abbau von Arbeitsplätzen fortschreitet, wenn nicht endlich ein klares Bekenntnis zur weiteren Förderung des Offshore-Bereichs erfolgt. Aktuell hängt die Zukunft von hunderten Arbeitsplätzen bei Areva und WeserWind vom erhofften Auftrag des Offshore-Windparks MEG 1 ab.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung darf sich nicht länger aus wahltaktischen Motiven den wirtschaftlichen Interessen der Atomlobby und der Industrie für nicht-erneuerbare Energieträger beugen. Ein verlässliches EEG muss noch in diesem Jahr verabschiedet werden, notfalls zunächst nur für den Bereich der Offshore-Windenergie. Jede weitere Verzögerung des Ausbaus der Offshore-Windindustrie durch die Aufweichung des EEG gefährdet sowohl den Wirtschaftsstandort Bremerhaven als auch die Offshore-Branche in Deutschland insgesamt.

Der Bremische Senat muss in dieser Sache ebenfalls tätig werden. Appelle und Schuld-zuweisungen an die Bundesregierung bleiben erfahrungsgemäß wirkungslos und retten keine Arbeitsplätze. Notwendig sind handfeste Investitionen. Nur so können die gefährdeten Arbeitsplätze gesichert und zusätzliche sozialversicherungspflichtige Vollarbeitsplätze in der Offshore-Windenergie geschaffen werden.

Die Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft schlägt die Gründung eines Verbundes aus norddeutschen Ländern, Kommunen und ggf. auch kommunalen Stadtwerken vor. Dieser ‚Kommunalverbund Windenergie‘ hat den Zweck, mindestens einen Windpark in Auftrag zu geben. Dass ein solcher Verbund eine praktikable Konstruktion ist, zeigt schon die Tatsache, dass mehrere Windparks derzeit von Stadtwerkekonsortien finanziert werden. Natürlich geht damit die öffentliche Hand ein Risiko ein, was private Investoren derzeit scheuen. Allerdings scheuen sie es in erster Linie deshalb, weil die angepeilten 8 bis 12 Prozent Gewinn gefährdet sind. Für die Finanzierung der Zinsen und die Tilgung öffentlicher Kredite bleibt ein Spielraum von 6 bis 9 Prozent, bevor es zu Verlusten kommt. Die Kosten der Arbeitslosigkeit dürfen an dieser Stelle ebenfalls nicht vergessen werden.

Über die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen hinaus ist ein solcher Verbund auch ein Beitrag zur Rekommunalisierung der Energieversorgung und ergänzt damit landespolitische Bestrebungen, die Stromnetze zu rekommunalisieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Initiative zur Schaffung eines ‚Kommunalverbundes Windenergie‘ zu ergreifen, der in den Bau von Windparks in der Nordsee investiert;
2. unverzüglich Verhandlungen mit den Landesregierungen der Küstenländer Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein aufzunehmen, um einen solchen Kommunalverbund zeitnah zu realisieren.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.

[zurück zu: Detail](#)

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/kommur>